

komba magazin

Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst
April 2019 – 21. Jahrgang

4

Fachkräftemangel
Nicht beklagen,
sondern
bekämpfen!

dbb Seiten
9 bis 48

Seite 6 <

komba saarland mit
neuer Spitze

Seite 8 <

Sozialversicherungs-
beiträge und
Sozialstaat:
Stand und
Perspektiven

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Uns geht es gut in Deutschland“ – das hören wir immer wieder und diese Aussage hat gewissermaßen zwei Seiten. Einerseits wird sie als Pauschalargument herangezogen, um Forderungen nach Veränderungen zu entkräften – uns geht es doch gut, warum diese aktuelle Lage gefährden? Andererseits kann die positive Lage grundsätzlich nicht ignoriert werden – im Vergleich zu vielen anderen Menschen in anderen Ländern geht es uns tatsächlich vergleichsweise gut.

Dennoch: Wir können uns auf dieser Feststellung nicht ausruhen. Wenn eine Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen und Technologien verweigert wird, gefährdet das den Wohlstand. Ein weiteres Problem: Der Wohlstand und die Lebensverhältnisse sind nicht für alle Menschen in Deutschland gleich gut. Das betrifft nicht nur den Umstand, dass sich die allgemeine Vermögens- und soziale Lage stark auseinanderentwickelt haben. Hinzu kommt, dass die Ausgangslage für die Lebensverhältnisse in den Regionen sehr unterschiedlich ist.

So liegen die kommunalen Steuereinnahmen im Süden um durchschnittlich ein Drittel höher als im Osten. Damit einhergehend ist auch das verfügbare Einkommen je Einwohner insbesondere in Ostdeutschland spürbar geringer – durchschnittlich um 15 Prozent. Allerdings sind Unterschiede nicht nur abhängig von der Himmelsrichtung. Diese gibt es natürlich auch zwischen großen Städten und ländlichen Regionen. Hochwertige Arbeitsplätze, ausgeprägte Innovations- und Wirtschaftskraft sowie umfassende Infrastruktur sind eher in Metropolen vorhanden. Das zieht Menschen an, lässt aber auch Mieten steigen. Auch hieraus ergibt sich eine Konsequenz: Viele Menschen ziehen ins Umland und werden zwangsläufig zu Berufspendlern. Inzwischen pendeln fast 60 Prozent zwischen unterschiedlichen Wohn- und Arbeitsorten. Das ist übrigens einer der Gründe für eine Zunahme des Verkehrs und der Anforderungen an die Mobilität.

Das alles bedeutet erhebliche Herausforderungen und führt zu Fragen: Warum sind eigentlich so wenig nennenswerte Konzerne im Osten angesiedelt? Ist es die Bequemlichkeit der Konzernlenker oder eine falsche Förderpolitik? Wie steht es überhaupt um die regionale Verteilung der Steuereinnahmen – sind die ungleichen Verhältnisse ein Indiz dafür, dass die Finanzausgleichsregelungen ihre Wirkung verfehlen? Und warum sind kaum Bundesbehörden in den neuen Bundesländern angesiedelt? Man könnte auch die Frage stellen, warum Landes- und Bundesbehörden den Spieß nicht einfach umdrehen und sich auch mal außerhalb der häufig viel zu engen und teuren großen Städte ansiedeln – die Digitalisierung dürfte da neue Möglichkeiten eröffnen.

Die Kommunen können Korrekturen nicht aus eigener Kraft vornehmen. Aber sie sind mit allen Problemen, die ausbleibende oder sachwidrige politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene hervorrufen, unmittelbar konfrontiert. Dort, wo die Menschen sind – egal ob zum Arbeiten oder zum Leben – müssen die Leistungen der Kommunen in qualitativer und quantitativer Hinsicht Schritt halten. Die Palette reicht vom Mobilitäts- über Wohnraummanagement bis hin zu wesentlichen Fragen der öffentlichen Sicherheit, der sozialen Absicherung und der Bildungseinrichtungen.

Damit leisten die Kommunen und ihre Beschäftigten einen unverzichtbaren Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland. Damit diese wichtige Funktion gewährleistet bleibt, muss bei der Verteilung von Steuereinnahmen diesem Erfordernis Rechnung getragen werden. Jede Kommune muss handlungsfähig bleiben und Mindeststandards für ihre Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Unabhängig davon, ob ein großer Gewerbesteuerzahler vor Ort ist oder nicht. Und jede Kommune muss das dafür erforderliche Personal beschäftigen und bezahlen können. Genau das gehört zu den Zielen der komba gewerkschaft.

Ihre komba Bundesleitung

> Impressum

Herausgeber: Bundesleitung der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081687-0. **Telefax:** 030.4081687-9. **E-Mail:** bund@komba.de. **Internet:** http://www.komba.de. **Redaktion:** Stefanie Frank (sf), Kai Tellkamp (kt) **Fotos:** ulleo/pixabay.com, komba gewerkschaft saarland, dbb, Moritz320/pixabay.com, Mabel/Amber/pixabay.com **Titelbild:** PvanBriel/pixabay.com. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** komba magazin: bildungs- und service GmbH, Steinfelder Gasse 9, 50670 Köln. **Telefon:** 0221.135801. **Bezugsbedingungen:** Für Mitglieder der komba gewerkschaft ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Nichtmitglieder beträgt der Abonnementpreis 16 Euro zzgl. Versandkosten.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 60 (dbb magazin) vom 1.10.2018. **Druckauflage:** dbb magazin: 599 309 (IVW 4/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Beiträge und Leserbriefe:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

> komba

- > Fachkräftemangel:
Nicht beklagen, sondern bekämpfen 4
- > Gewerkschaftstag der komba saarland 6
- > Fachbereich Sozial- und Erziehungsdienst:
Menschen im Fokus 6
- > Europa geht uns alle an 6
- > Sozialversicherungsbeiträge
und Sozialstaat:
Stand und Perspektiven 8

> dbb

- > Übertragung des Tarifabschlusses
auf Landes- und Kommunalbeamte 10
- > Internationaler Tag der Sozialen Arbeit 10
- > hintergrund
Pflegepersonal: Angespannte Situation
trotz Verbesserungen 12
- > reportage
Pflegeausbildung in Brandenburg
an der Havel: Pflege mit Herz 15
- > standpunkt
dbb Lehrgewerkschaften: Probleme
schulübergreifend anpacken! 20
- > blickpunkt
Ausländische Pflegekräfte und Haushalts-
hilfen: Raus aus der Grauzone 24
- > Bundesbeamte:
Neue Ansprechpartnerin 26
- > Gespräch im BMFSFJ:
Soziale Berufe aufwerten 27
- > dbb jugend
Offener Brief an ARD und ZDF: Europa
gehört auf den besten Sendeplatz 28
- > dbb bundesfrauenvertretung
Tarifabschluss 2019: Ein Ergebnis für
die Frauen im öffentlichen Dienst? 30
- > Equal Pay Day 2019:
Lohngleichheit braucht gerechte
Leistungsbewertung 31
- > online
Digitalisierung: Mit KI in die Verwaltung
der Zukunft 32
- > Tarifeinheitengesetz: Erneute
Verfassungsklage des dbb 35
- > service für dbb mitglieder 38
- > senioren 40
- > Krankenversicherung
Die Kassen sind voll 42
- > interview
Jens Spahn, Bundesgesundheitsminister 46



Fachkraft gesucht...

© Ulleo / pixabay.com

Fachkräftemangel

Nicht beklagen, sondern bekämpfen!

In nahezu allen Branchen wird über Fachkräftemangel geklagt, übrigens nicht nur im öffentlichen Dienst. Neue oder frei gewordene Stellen zu besetzen, wird häufig zur Quadratur des Kreises. Arbeitgeber stehen vor der wichtigen Frage, wie sie auf das Ziel einer erfolgreichen Personalgewinnung reagieren sollen.

Denkbar ist ein Attraktivitätszuwachs bei Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, was im Wettbewerb um qualifizierte Kräfte allerdings in einer unkalkulierbar teuren Spirale münden kann. Aus Arbeitgebersicht noch nachteiliger dürfte sich die Absenkung der Anforderungen an künftiges Personal auswirken: Eine geringere Qualifikation führt in aller Regel zu Qualitätseinbußen. Eine weitere Variante wäre die Ablehnung von Aufträgen und das Hinauszögern von Aufgaben. Wer das nicht tut, könnte alternativ dem vorhandenen Personal zusätzliche Aufgaben aufdrücken, was allerdings in gesundheitsgefährdender Überlastung oder Abwanderungstendenzen münden kann.

■ Unterschiede zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft

Wählt ein privater Arbeitgeber die falschen Maßnahmen, läuft er den marktwirtschaftlichen Gesetzen folgend Gefahr, von der Bildfläche zu verschwinden. Hatte er marktfähige Produkte oder Dienstleistungen im Angebot, wird sich ein an-

derer Betrieb beziehungsweise Arbeitgeber finden, die Nachfrage der Kunden zu bedienen.

Das ist im öffentlichen Dienst allerdings undenkbar. Dort kann man es sich nicht leisten, die Funktionsunfähigkeit der Einrichtungen und Betriebe zu provozieren. Die Bürgerinnen und Bürger können mit ihren Anliegen nicht mal eben zu einer anderen Dienststelle gehen, wie ein Autokäufer das Autohaus oder die Marke wechseln kann. Öffentliche Dienstleistungen sind eben keine Waren, die auf dem Markt gehandelt werden. Vielmehr sind es Dienstleistungen auf der Grundlage unserer Rechts- und Werteordnung, die sozialen Frieden, öffentliche Ordnung, gute Bildung, eine bedarfsgerechte Infrastruktur und eine funktionierende Demokratie gewährleisten.

Deshalb sind die Anforderungen an den öffentlichen Dienst bei der Fachkräftegewinnung wesentlich höher als in der Privatwirtschaft. Im öffentlichen Dienst muss sichergestellt werden, dass in quantitativer und qualitativer Hinsicht genau die Beschäftigten da sind, die benötigt werden, um die vorhan-

denen Aufgaben zu erfüllen. Andernfalls würde sich der Staat selber infrage stellen.

Zuweilen besteht der Eindruck, genau das steht kurz bevor. Bevor Einkommen und Stellenbewertungen angepasst oder hemmende Regularien beseitigt werden, hat die Privatwirtschaft bereits reagiert und die dortigen Rahmenbedingungen optimiert.

■ Was ist also zu tun?

Öffentliche Arbeitgeber und Dienstherren müssen wesentlich schneller und flexibler auf sich verändernde Ausgangslagen reagieren. Das betrifft an erster Stelle konkurrenzfähige Einkommen. Aber es gibt weitere Stellschrauben. Passgerechte Ausbildungsaktivitäten, flexible Arbeitszeitmodelle, ein effektiver Schutz vor Überlastungen, mehr Möglichkeiten zur Förderung der Kinderbetreuung und zur Vereinbarkeit von Pflege, der Mobilität oder des arbeitsplatznahen Wohnens sowie mehr Engagement zur Imageförderung sind einige Beispiele.

Werden die dafür notwendigen Mittel nicht bereitgestellt beziehungsweise bleibt das Verhältnis von Aufgaben und Personalbestand in Schieflage, darf die Politik nicht vor der einzig verbleibenden Alternative zurückschrecken: die Aufgaben des öffentlichen Dienstes zu reduzieren und den Bürgern zu erklären, was künftig nicht mehr erwartet werden kann.

■ Kaum Entlastung durch das Fachkräftegewinnungsgesetz

Die zuweilen anzutreffende Hoffnung, der Flüchtlingsstrom könnte einen spürbaren Beitrag leisten, den Fachkräftemangel zu beseitigen, ist inzwischen weitgehend einer Ernüchterung gewichen. Im öffentlichen Dienst ist im Grunde eine gegenteilige Auswirkung zu verzeichnen: Es werden zusätzliche Fachkräfte benötigt, um die daraus resultierenden Aufgaben von der Erstaufnahme bis hin zur Integration oder erforderlichenfalls Abschiebung zu bewerkstelligen.

Immerhin hat die Flüchtlingssituation die Diskussion über ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorangetrieben, ein entsprechender Entwurf befindet sich im Gesetzgebungsverfahren. Auch wenn das Vorhaben grundsätzlich zu begrüßen ist, wird es den Fachkräftemangel nicht beseitigen, bestenfalls abmildern. Selbst dieser Anspruch ist aber insbesondere im öffentlichen Dienst fraglich, da für viele Funktionen besondere Anforderungen beziehungsweise Erfordernisse bestehen, nicht zuletzt hinsichtlich der Sprachkompetenz.

Ungeachtet dessen gilt es natürlich, auch Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Dieses Anliegen zielt aber insbesondere auf bereits gut integrierte Menschen ab. >

Aus unserer Sicht sollten stärkere Anstrengungen unternommen werden, um den allgemeinen Arbeits- und Ausbildungsmarkt für Menschen aus dem europäischen Ausland beziehungsweise aus Drittstaaten zu öffnen. In diesem Zusammenhang wird das deutsche Aus- und Weiterbildungssystem viel zu wenig in die Be-

trachtung einbezogen. Es ist nämlich noch von dem politischen Ziel geprägt, die seinerzeit hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Heute können sich die Schulabgängerinnen und -abgänger ihren Ausbildungsplatz aussuchen, während vielen jungen Menschen ohne entsprechende Schulbildung der Zugang zu

anerkannten Berufen verwehrt bleibt und sie sich bestenfalls ungelernert in Hilfstätigkeiten wiederfinden. Deshalb benötigen wir Berufsausbildungen mit geringeren Anforderungen und kürzeren Ausbildungszeiten. Geeignete Absolventinnen und Absolventen können darauf aufbauend ergänzende Qualifikationen absolvieren.

Als komba gewerkschaft fördern wir einen Kompass der Politik und der Arbeitgeber, um auf den Fachkräftemangel zu reagieren.

Insbesondere im öffentlichen Dienst müssen geeignete Maßnahmen, wie vorgeschlagen, konkret angepackt werden. (kt)

Gewerkschaftstag der komba saarland

Digitalisierung: Ohne die Beschäftigten geht es nicht

Der Gewerkschaftstag der komba saarland stand unter dem Motto Digitalisierung. Gewählt wurde auch ein neuer Vorstand.

Jan Weber ist der neue Landesvorsitzende. Außerdem gewählt wurden **Mario Schiel** (stellvertretender Vorsitzender) und **Dietmar Schmitt** (stellvertretender Vorsitzender). Beisitzerinnen und Beisitzer im Vorstand sind: **Adriane Denkwitz, Thomas Klein, Heidi Ruffing** und **Thomas Schmidt**.

Bundesvorsitzender **Andreas Hemsing** gratulierte dem neuen Team und sprach in einem Fachvortrag über die Digitalisierung in der Kommune.

Ein Schwerpunktthema der gewerkschaftlichen Sacharbeit für die komba saarland in den kommenden Jahren. (sf)



> Bundesvorsitzender Andreas Hemsing (vorne, Zweiter von links) mit dem Team der komba gewerkschaft saarland. © komba gewerkschaft saarland

Fachbereich Sozial- und Erziehungsdienst Menschen im Fokus

Die dbb AG Soziale Arbeit traf sich am internationalen Tag der Sozialen Arbeit (19. März 2019) in Berlin.



> Sandra van Heemskerk (vorne, Zweite von links) und Ute Simon (vorne, Zweite von rechts) nahmen an der dbb AG Soziale Arbeit teil. © dbb

In der Sozialen Arbeit ist die Bedeutung menschlicher Beziehungen entscheidend. Die

Beschäftigten sind zentrale Ansprechpersonen in unterschiedlichen Lebenssituationen

und nehmen verantwortungsvolle Aufgaben in sämtlichen sozialen Bereichen wahr. Diesen Fokus legte auch der diesjährige Tag der Sozialen Arbeit. dbb Tarifvorstand **Volker Geyer** begrüßte die Arbeitsgruppe und dankte den Beschäftigten der verschiedenen Professionen für ihren Einsatz.

Ute Simon (stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachbereiches Sozial- und Erziehungsdienst) und **Sandra van Heemskerk** (Vorsitzende des Bundesfachbereiches und stellvertretende Bundesvorsitzende) vertreten dort die Positionen der komba. (sf)

> Europa geht uns alle an

Europa ist nicht irgendein abstraktes Gebilde. Europa betrifft den öffentlichen Dienst Tag für Tag – nicht zuletzt durch die Umsetzung europäischer Gesetzgebung. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedeutender, am 26. Mai an der Wahl zum EU-Parlament teilzunehmen.

Die komba gewerkschaft ist Mitglied der CESI (Europäische Union der unabhängigen Gewerkschaften) und hat die europäischen Entwicklungen fest im Blick. Die CESI setzt sich für einen starken, unabhängigen öffentlichen Dienst sowie effiziente öffentliche Einrichtungen in der gesamten Europäischen Union (EU) ein, die allen Bürgerinnen und Bürgern dienen.

Informationen zu aktuellen Entwicklungen auch immer unter: www.komba.de.



Sozialversicherungsbeiträge und Sozialstaat Stand und Perspektiven aus gewerkschaftspolitischer Sicht

Zu den Aufgaben und Zielen der komba gewerkschaft gehört es, sich für eine gute soziale Absicherung der Beschäftigten sowie für faire Einkommen einzusetzen. Beide Ziele müssen gut aufeinander abgestimmt sein, die gegenseitigen Abhängigkeiten dürfen nicht ignoriert werden.

Soziale Absicherung bedeutet immer auch eine solidarische Finanzierung durch Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge, haben also Auswirkungen auf die Nettoeinkommen.

Die aktuellen Sozialversicherungsbeiträge sehen so aus:

ab dem 23. Lebensjahr einen „Aufschlag“ von 0,25 Prozent entrichten. Rentnerinnen und Rentner müssen den Pflegeversicherungsbeitrag alleine aufbringen. Anders als bei der Krankenversicherung übernimmt die Rentenversicherung keinen Anteil.

| | Beitragsatz | Beitragsanteil der Arbeitnehmenden |
|--------------------------------------|------------------------------|------------------------------------|
| Gesetzliche Krankenversicherung | 14,6 % | 7,3 % |
| Gesetzliche Pflegeversicherung | 3,05 % 3,3 % (Kinderlose) | 1,525 %* 1,775 %* (Kinderlose) |
| Gesetzliche Rentenversicherung | 18,6 % | 9,3 % |
| Gesetzliche Arbeitslosenversicherung | 2,5 % | 1,25 % |

* Für Sachsen gilt eine Besonderheit: Dort tragen die Arbeitnehmenden einen um 0,5 Prozent höheren Anteil. Er beträgt also 2,025 Prozent beziehungsweise für Kinderlose 2,275 Prozent. Das hängt damit zusammen, dass in Sachsen – im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern – der Buß- und Bettag ein arbeitsfreier Feiertag geblieben ist, als die Pflegeversicherung in 1995 eingeführt wurde.

■ Ergänzende Hinweise

Zur Pflegeversicherung:

Der Beitragssatz wurde mit dem Jahreswechsel um 0,5 Prozent angehoben. Die Beitragsanpassung resultiert aus Kostensteigerungen beziehungsweise Leistungsausweitungen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung, der gesellschaftlichen Leistungserwartungen und der Aufwertung der Pflegeberufe sind weitere Kostensteigerungen zu erwarten, deren Finanzierung zu regeln ist. Wie bisher müssen Kinderlose

Zur Krankenversicherung:

Mit dem Jahreswechsel konnte eine wichtige Korrektur erreicht werden: Die einseitige Belastung der Arbeitnehmenden mit den Beiträgen oberhalb der 14,6-Prozent-Grenze gehört der Vergangenheit an. Der Arbeitgeber zahlt jetzt auch den Zusatzbeitrag, der von den Krankenkassen festgelegt und durchschnittlich ein Prozent beträgt, zur Hälfte. Die damit verbundene Entlastung kommt auch den Rentnerinnen und Rentnern zugute – hier springt die Rentenversicherung entsprechend ein, was allerdings dort Mehrausgaben

von gut 1,4 Milliarden Euro jährlich verursacht.

Zur Arbeitslosenversicherung:

Nachdem der Beitragssatz acht Jahre unverändert geblieben ist, gab es zum Jahreswechsel eine Absenkung um 0,5 Prozent. Damit wurde auf die gute Konjunktur beziehungsweise auf die geringe Arbeitslosigkeit reagiert, die der Rentenversicherung milliardenschwere Überschüsse beschert hat. Deshalb konnte zum Jahreswechsel ergänzend eine Leistungsausweitung vorgenommen werden, die sich insbesondere auf die Weiterbildungsförderung bezieht.

Zur Rentenversicherung:

In der Rentenversicherung hat es zwar keine Veränderung der Beiträge gegeben, doch die Renten steigen: zum 1. Juli um 3,18 Prozent (West) beziehungsweise 3,91 Prozent (Ost). Die daraus resultierenden Zusatzkosten in Höhe von 7,6 Milliarden Euro können aufgrund der guten Lage am Arbeitsmarkt aufgefangen werden. Zum Jahreswechsel sind zudem Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und der Mütterrente in Kraft getreten.

■ Gewerkschaftliche Aufgaben

Die tatsächliche Einkommenssituation und -entwicklung ist also nicht nur abhängig von den Prozentzahlen, die bei Einkommensrunden durchgesetzt werden. In die Betrachtung müssen auch die Prozentzahlen einbezogen werden, die Beitragsanteile der Sozialversicherung ausmachen. Eine weitere wichtige Rolle spielt die Einkommensteuer. Erst bei einer gemeinsamen Berück-

sichtigung ergibt sich das Nettoeinkommen – und nur das landet auf dem Konto der Beschäftigten.

Deshalb beschränkt sich unsere Aufgabe nicht nur darauf, in Einkommensrunden gute Ergebnisse zu erzielen. Wir bringen uns aktiv in die Entwicklung des Sozialversicherungs- und Steuerrechts ein. Und das wird immer wichtiger: Nicht nur weil diverse Reformvorschläge kursieren. Sondern auch weil sich die Kosten für den Sozialstaat (derzeit etwa 890 Milliarden Euro jährlich) laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung innerhalb von 30 Jahren verdoppeln könnten.

Als komba sind wir der festen Überzeugung, dass es möglich ist, in einem Land wie Deutschland eine faire soziale Absicherung zu gewährleisten. Dies muss möglich sein ohne eine Überforderung der Beschäftigten, etwa durch überzogene Abgaben oder durch zu hohe Wochen- und Lebensarbeitszeiten. Deshalb muss genau abgewogen werden, wie sich der Leistungskatalog des Sozialstaates entwickelt und wie er finanziert wird. Dabei darf auch die Frage nicht ausgeblendet werden, ob die derzeitige Finanzierungsaufteilung auf die Sozialversicherung und auf Steuern noch passend ist.

Wir stellen uns darauf ein, diese Themen gemeinsam mit dem dbb verstärkt zum Gegenstand der Gewerkschaftsarbeit zu machen. Die Interessen der Beschäftigten brauchen auch hier eine starke Stimme. (kt)